

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

Datum: 28.05.11

11011 Berlin

Einzelpetition an den Deutschen Bundestag

Persönliche Daten

Die mit * gekennzeichneten Felder müssen ausgefüllt werden, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.

*Anrede	Herr <input type="radio"/>	Frau <input checked="" type="checkbox"/>
*Name	Dr. Raming	
*Vorname	Ida	
Titel	Dr. theol.	
Anschrift:		
*Ort	Stuttgart	
*PLZ	70599	
*Straße	Im Asemwald 32/10	
Land/Bundesland	Baden-Wuerttemberg	
Telefon	0711/8066077	Fax
E-Mail		

Über welche Entscheidung/welche Maßnahme/welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren? (Kurze Umschreibung des Gegenstands Ihrer Petition – 500 Zeichen zulässig)

Verstoss gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und GG Art. 3 Abs. 2 u. 3 durch Abführung von Staatsleistungen nach GG Art. 140 (WV 138 (1)) an die römisch-katholische Kirche -

ohne Berücksichtigung der benachteiligten Stellung der Frau in dieser Religionsgemeinschaft

Was möchten Sie mit Ihrer Bitte/Beschwerde erreichen? (500 Zeichen zulässig)

Diese Beschwerde hat zum Ziel:

- eine gründliche Revision der Staatsleistungen an die römisch-katholische Kirche im Hinblick auf ihre Verfassungskonformität, besonders unter Berücksichtigung von Art. 3 GG (Abs. 2 u. 3) und des AGG.
- Überprüfung von Art. 140 GG (WV Art. 137 Abs.3) im Hinblick auf Verfassungskonformität

Gegen wen, insbesondere welche Behörde/Institution richtet sich Ihre Beschwerde? (500 Zeichen zulässig)

Die Beschwerde richtet sich gegen den Deutschen Staat (BRD), vertreten durch Bundesländer.

Muss nach Ihrer Vorstellung ein Gesetz/eine Vorschrift geändert/ergänzt werden? Wenn ja, welche(s)? (500 Zeichen zulässig)

Art. 140 GG (WV 138, 1):

Staatsleistungen dürfen nur an Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften abgeführt werden, die auf dem Boden des GG und der Allgemeinen Menschenrechte stehen.

Bitte geben Sie eine kurze Begründung für Ihre Bitte/Beschwerde:

Bekanntlich fuehrt der deutsche Staat, vertreten durch die einzelnen Bundeslaender, jaehrlich finanzielle Leistungen (Staatsdotationen) an die roemisch-katholische Kirche in Deutschland ab (vgl. GG Art. 140 in Verbindung mit WV 138 Abs.1). Diese finanziellen Leistungen muessen alle Steuerzahler erbringen, ohne Beruecksichtigung ihres Geschlechts und ihrer Zugehoerigkeit zu einer Konfession.

Diese Staatsleistungen werden z.B. fuer die Finanzierung von Bischofsstuehlen bzw. fuer die Besoldung von Bischoefen, fuer die Besoldung von Pfarrern und z.T. auch fuer die Priesterausbildung an deutschen Universitaeten verwandt.

Bei den genannten Verwendungszwecken handelt es sich aber um Bereiche, zu denen roemisch-katholische Frauen aufgrund des kanonischen Rechts (CIC c. 1024) keinen Zugang haben. Somit werden von roem.-kath. Frauen Steuern vom Staat verlangt fuer Bereiche, von denen sie um ihres weiblichen Geschlechts ausgeschlossen sind.

Auf diese Weise beguenstigt der deutsche Staat eine Kirche, die den Frauen aufgrund ihres Geschlechts das Menschenrecht auf freie Berufswahl und die gleichberechtigte Ausuebung von geistlichen Berufen/Aemtern (Diakonat, Priester- und Bischofsamt) vorenthaelt.

Somit verstoesst der Staat sowohl gegen GG Art. 3 Abs. 2 u. 3 als auch gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das eine Benachteiligung von Frauen um ihres Geschlechtes willen verbietet. Der deutsche Staat verletzt diese Gesetze, indem er steuerliche Leistungen (Staatsdotationen) auch von Frauen zur Finanzierung der genannten kirchlichen Aemter bzw. Bereiche einbehaelt, von denen sie per kirchliches Gesetz (c. 1024 CIC) ausgeschlossen sind.

Der Staat kann sich in dieser Angelegenheit auch nicht auf GG Art 140 (WV 136, 3) berufen ("Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstaendig innerhalb der Schranken des fuer alle geltenden Gesetzes...."), handelt es sich doch um Staatsleistungen (also nicht um "Kirchensteuern"), die auch von roemisch-katholischen Frauen erbracht werden - ohne Ruecksicht darauf, dass sie von Bereichen ausgeschlossen sind, die durch diese Staatsleistungen finanziert werden.

Bei dieser Beschwerde stuetze ich mich auch auf das in der Geschichte des Steuerrechts anerkannte Prinzip: "No taxation without representation!"

Wenn Sie in dieser Sache bereits andere Rechtsbehelfe (z.B. Widerspruch, Klage) eingelegt haben benennen Sie diese bitte und fügen Sie entsprechende Unterlagen in Kopie bei (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) oder reichen sie gesondert nach. (500 Zeichen zulässig)

Von den allgemeinen Hinweisen zum Petitionsverfahren habe ich Kenntnis genommen.

Ja ☒

Ich bin mit der Nennung meines Namens einverstanden, falls der Petitionsausschuss meine Petition im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nutzt.

Ja ☒ Nein ☐

WICHTIG!

Der nachfolgende Abschnitt gilt nur, falls Sie die Petition per Fax oder Post einreichen wollen!

Sollten Sie die Petition elektronisch eingereicht haben, dient dieses Dokument nur als Beleg für Ihre Unterlagen. Eine Unterschrift und der Versand per Post oder Fax an den Deutschen Bundestag sind dann nicht notwendig!

Nur für Post- oder Faxeinreichung:

Ihre Unterschrift unter der Petition ist wichtig, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.

28.05.2011
Stuttgart, den ✓ Dr. Ida Raming

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte die Petition ausdrucken, unterschreiben und per Telefax (Fax: (030) 227 36027) oder Post an die oben angegebene Adresse senden.

Dr. Ida Raming
Im Asemwald 32/10
70599 Stuttgart

19.07.2011

An den
Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betr.: Kirchenfragen
Pet 1-17-06-2220-024698

Bezug: Ihr Schreiben vom 15.06.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Antwort vom 15.06.2011 auf meine Petition vom 28.05.2011 ist aus meiner Sicht nicht sachgerecht und daher unbefriedigend, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Sie fügen Ihrem Schreiben eine Entscheidung des Bundesministeriums des Innern (v. 05.05.11) bei, die eine Antwort auf eine Petition ist, die mit der meinigen nicht identisch ist.
2. Sie berücksichtigen nicht den Wortlaut meiner Petition, denn sie bezieht sich nur auf die römisch-katholische Kirche, nicht auf „die Kirchen“. Meine Petition zielt auf eine Überprüfung der Staatsleistungen an diese Kirche, da der deutsche Staat der römisch-katholischen Kirche Staatsleistungen und Subventionen zukommen lässt – ohne Rücksicht darauf, dass Menschenrechte der Frauen in dieser Religionsgemeinschaft verletzt werden, und zwar das Recht auf freie Berufswahl, sowie auf Ausbildung und Zugang zu den Weiheämtern (vgl. can. 1024 CIC). Darin liegt m. E. zumindest ein indirekter Verstoß staatlicherseits gegen das AGG und gegen GG Art. 3 Abs.2 u.3.
Der deutsche Staat ist verpflichtet, Diskriminierung von Frauen entgegen zu treten und die Grundrechte unserer Verfassung nach außen zu verteidigen. Würde der deutsche Staat in Zukunft eventuell einen Vertrag mit der islamischen Religionsgemeinschaft abschließen, würde er Verstöße gegen Menschenrechte der Frauen in dieser Religion wohl kaum völlig außer Acht lassen können! Warum geschieht das nicht im Hinblick auf die römisch-katholische Kirche?

Ich füge daher die Begründung meiner Petition vom 28.05.11 noch einmal bei und ersuche erneut um Überprüfung.
Ferner möchte ich anfragen, ob eine entsprechende Petition an die Bundesländer bzw. an mein Bundesland sinnvoll wäre.

Mit freundlichem Gruß

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

MinDirig'n Cornelia Peters
Unterabteilungsleiterin V I

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)1888 681-45502

FAX +49 (0)1888 681-545502

BEARBEITET VON Referendar Modest

E-MAIL VI@bmi.bund.de

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 5. August 2011

AZ VI3 110 030 II

BETREFF **Petition der Frau Dr. Ida Raming und Nachtrag vom 19.7.2011**
HIER Fragestellung zu Art. 3 Grundgesetz

BEZUG Ihr Schreiben vom 22. Juli 2011 (Pet 1-17-06-2220-024698)

ANLAGE Originalvorgang und 1 Doppel

Die Petentin wendet sich auch im Nachtrag zur ursprünglichen Petition, gegen die Zahlung von Staatsleistungen und Subventionen des Deutschen Staates an die Katholische Kirche Deutschland. Die Petentin sieht hierin eine mittelbare Verletzung des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes gem. Art. 3 GG, da die Katholische Kirche Deutschland die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau missachte.

Der Petition kann aus hiesiger Sicht im Hinblick auf die geltend gemachte Verletzung von Art. 3 GG nicht abgeholfen werden, da keine der Bundesrepublik Deutschland zurechenbare Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes gegeben ist.

Grundsätzlich können Grundrechtsverletzungen nur durch den Staat erfolgen, da die Grundrechte keine unmittelbare Drittwirkung entfalten. Eine unmittelbare Bindung der Katholischen Kirche Deutschland an die Grundrechte des Grundgesetzes besteht ebenso wenig, wie für andere Privatrechtssubjekte. Eine unmittelbare Verletzung von Art. 3 GG durch die Bundesrepublik Deutschland scheidet indes aus, weil von staatlicher Seite im Zusammenhang mit der

Zahlung von Subventionen und Staatsleistungen an die Katholische Kirche Deutschland keine direkten geschlechtsbezogenen Ungleichbehandlungen erfolgen.

Eine mittelbare Verletzung ist ebenfalls nicht ersichtlich. Zwar kann grundsätzlich eine mittelbare Verletzung durch den Staat vorliegen, wenn privates Handeln zwischen den Staat und den von einer Grundrechtsverletzung Betroffenen tritt. Allerdings setzt dies voraus, dass dem Staat das Verhalten des Privaten zurechenbar ist (vgl. Voßkuhle / Kaiser, JuS 2009, 313). Das BVerfGE führt im Zusammenhang mit mittelbaren Grundrechtsverletzungen aus: „Zum einen müsste das [...] angegriffene Verhalten für diese Gefahr ursächlich sein; zum anderen müsste die Herbeiführung dieser Gefahr der öffentlichen Gewalt im Sinne des § 90 Abs. 1 BVerfGG, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG zurechenbar sein“ (BVerfGE 66, 39, 60 f.).

Vorliegend fehlt es sowohl an einem Ursachenzusammenhang, wie auch an einer Zurechenbarkeit des Verhaltens der katholischen Kirche Deutschland zur Bundesrepublik Deutschland.

Ursächlichkeit würde voraussetzen, dass die vorgetragene Missachtung der geschlechtlichen Gleichstellung durch die Katholische Kirche Deutschland gerade deshalb erfolgt, weil die Bundesrepublik Deutschland Zahlungen an diese vornimmt. Dies ist nicht der Fall. Hinsichtlich der staatlichen Leistungen ist, wie der Petentin bereits mit Schreiben des Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vom 15. Juni 2011 unter Verweis auf eine entsprechende Stellungnahme des Bundesministerium des Innern vom 05. Mai 2011 mitgeteilt worden ist, zu differenzieren nach Staatsleistungen, staatlichen Fördermaßnahmen und Subventionen. Nach den dortigen Ausführungen erfolgen Staatsleistungen als historisch begründete Ersatzleistungen. Ein Ursachenzusammenhang mit der vorgetragenen Missachtung der geschlechtlichen Gleichbehandlung scheitert bereits daran, dass nicht erkennbar ist, dass die Katholische Kirche Deutschland erst infolge dieser Staatsleistungen in die Lage versetzt wird, ihre Lehre auszurichten und zu praktizieren. Auch staatliche Fördermaßnahmen und Subventionen im Bereich der Finanzierung staatlicher Veranstaltungen und Einrichtungen (z. B. Religionsunterricht, theologische Fakultäten) und gemeinnütziger Aktivitäten (z. B. Sozial- und Jugendhilfe) weisen keinen solchen Ursachenzusammenhang mit konkreten Handlungen der Katholischen Kirche Deutschland auf.

Eine Zurechnung des Verhaltens der Kirche zur Bundesrepublik Deutschland würde eine entsprechende Einflussnahme staatlicherseits voraussetzen. Eine solche verbietet sich allerdings bereits unter dem Gesichtspunkt des Gebotes staatlicher Neutralität. Dieses ergibt sich aus Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 3 WRV, wonach jede Religionsgemeinschaft ihre Angele-

SEITE 3 VON 3

genheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes ordnet. Damit erkenne der Staat die Kirchen als Institutionen mit dem Recht der Selbstbestimmung an, die ihrem Wesen nach unabhängig vom Staat seien [...]. Die Folge sei, dass der Staat in ihre inneren Verhältnisse nicht eingreifen dürfe (BVerfGE 18, 385, 386).

Eine mittelbare Verletzung von Art. 3 GG durch die Bundesrepublik Deutschland ist demnach nicht ersichtlich.

2 11
Urschrift der Petition und Doppel dieser Stellungnahme sind beigelegt.

Im Auftrag

Conrad's Peters

Peters

Pet 1-17-06-2220-024698

70599 Stuttgart

Kirchenfragen

Beschlussempfehlung

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Begründung

Die Petentin fordert eine Revision der Staatsleistungen an Kirchen im Hinblick auf die Berücksichtigung von Artikel 3 Grundgesetz und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (Gleichstellung der Frau).

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss mehrere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung unterzogen werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung trägt die Petentin im Wesentlichen vor, der durch die Bundesländer vertretene deutsche Staat führe jährlich finanzielle Leistungen (Staatsdonationen) an die römisch-katholische Kirche in Deutschland ab. Diese finanziellen Leistungen müssten alle Steuerzahler, ohne Berücksichtigung ihres Geschlechts, erbringen. Diese Staatsleistungen würden z. B. für die Finanzierung von Bischofsstühlen bzw. für die Besoldung von Bischöfen und Pfarrern sowie für die Priesterausbildung an deutschen Universitäten verwendet werden. Bei diesen Verwendungszwecken handle es sich jedoch um Bereiche, zu denen römisch-katholische Frauen aufgrund des kanonischen Rechts keinen Zugang hätten. Somit würden von römisch-katholischen Frauen staatliche Steuern für Bereiche verlangt werden, von denen sie wegen ihres weiblichen Geschlechts ausgeschlossen seien. Damit verstoße der Staat, dessen Pflicht es sei, die Grundrechte der Verfassung zu schützen, zumindest mittelbar sowohl gegen Artikel 3 Grundgesetz (GG) als auch gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Der Staat könne sich hierbei auch nicht auf Artikel 140 GG i. V. m. Artikel 136 Abs. 3 Weimarer Reichsverfassung (WRV) berufen, da es sich um

noch Pet 1-17-06-2220-024698

Staatsleistungen an die römisch-katholische Kirche und nicht um die Kirchensteuer handele.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die von der Petentin eingereichten Unterlagen verwiesen.

Unter Einbeziehung einer zu der Eingabe eingeholten Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern, die dem Endbescheid beigelegt wird, lässt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss stellt zunächst fest, dass Grundrechtsverletzungen grundsätzlich nur durch den Staat erfolgen können, da die Grundrechte keine unmittelbare Drittwirkung entfalten. Eine unmittelbare Bindung der Katholischen Kirche Deutschland an die Grundrechte des GG besteht somit ebenso wenig wie für andere Privatrechtssubjekte. Eine unmittelbare Verletzung von Artikel 3 GG durch die Bundesrepublik Deutschland scheidet indes aus, weil von staatlicher Seite im Zusammenhang mit der Zahlung von Subventionen und Staatsleistungen an die Katholische Kirche Deutschland keine direkten geschlechtsbezogenen Ungleichbehandlungen erfolgen.

Zudem ist dem Petitionsausschuss auch keine mittelbare Verletzung ersichtlich. Für eine derartige mittelbare Verletzung bedürfte es gemäß dem Bundesverfassungsgericht (vgl. BVerfGE 66, 39, 60 f.) zum einen eines Ursachenzusammenhangs zwischen vorliegend der Zahlungen an die Katholische Kirche Deutschland und der Missachtung der geschlechtlichen Gleichstellung. Zum anderen müsste das Verhalten der Katholischen Kirche Deutschland der Bundesrepublik Deutschland auch zurechenbar sein.

Im vorliegenden Fall mangelt es nach Ansicht des Ausschusses an beiden Voraussetzungen. Die vorgetragene Missachtung der geschlechtlichen Gleichstellung durch die Katholische Kirche Deutschland erfolgt nicht gerade deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland Zahlungen an diese vornimmt. Zudem scheitert der Ursachenzusammenhang daran, dass nicht erkennbar ist, dass die Katholische Kirche Deutschland erst infolge dieser Staatsleistungen in die Lage versetzt wird, ihre Lehre auszuüben und zu praktizieren. Auch staatliche Fördermaßnahmen und Subventionen im Bereich der Finanzierung staatlicher Veranstaltungen und Einrichtungen und ge-

noch Pet 1-17-06-2220-024698

meinnütziger Aktivitäten weisen keinen solchen Ursachenzusammenhang mit konkreten Handlungen der Katholischen Kirche Deutschland auf.

Darüber hinaus würde eine Zurechnung des Verhaltens der Kirche zur Bundesrepublik Deutschland eine entsprechende Einflussnahme staatlicherseits voraussetzen. Eine solche verbietet sich allerdings bereits unter dem Gesichtspunkt staatlicher Neutralität, die sich aus Artikel 140 GG i. V. m. Artikel 137 Abs. 3 WRV ergibt.

Vor diesem Hintergrund stellt der Petitionsausschuss fest, dass keine der Bundesrepublik Deutschland zurechenbare Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes gemäß Artikel 3 GG gegeben ist. Ebenso wenig besteht eine Verletzung des AGG seitens der Bundesrepublik Deutschland.

Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen der Petentin nicht entsprochen werden kann.



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Die Vorsitzende

Frau
Dr. Ida Raming
Im Asemwald 32/10
70599 Stuttgart

Berlin, 17. Dezember 2012
Bezug: Ihre Eingabe vom
28. Mai 2011; Pet 1-17-06-2220-
024698
Anlagen: 1

Kersten Steinke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35257
Fax: +49 30 227-36027
vorzimmer.peta@bundestag.de

Sehr geehrte Frau Dr. Raming,

der Deutsche Bundestag hat Ihre Petition beraten und am
13. Dezember 2012 beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen.

Er folgt damit der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses
(BT-Drucksache 17/11863), dessen Begründung beigelegt ist.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages ist das
Petitionsverfahren beendet.

Mit freundlichen Grüßen

Kersten Steinke